

## N i e d e r s c h r i f t

über die 8. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 24.06.2015  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789  
Monheim am Rhein  
Beginn: 18:04 Uhr  
Ende: 21:00 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der PETO-Fraktion**

Frau Kathrin Dähne

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Patrick Fuest

Herr Florian Große-Allermann

anwesend ab Tagesordnungspunkt ö 19

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Florian Klein

Frau Janne Koch

anwesend im öffentlichen Teil

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Ann-Cathrin Nellen

Frau Brinja Noth

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Herr Joris Schüller

Frau Vanessa Serve

Frau Monika Sikora

Herr Michael Strauss

Frau Laura Töpfer

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Michael Nagy

Herr Peter Werner

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Werner Goller  
Frau Stefanie Rohm  
Herr Alexander Schumacher

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Stephan Emmler  
Herr Manfred Poell

### **FDP**

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

### **DIE LINKE**

Frau Badi Özgültekin

gegangen während Tagesordnungspunkt nö 4

### **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Sonja Baumhauer  
Frau Estelle Dageroth  
Herr Martin Frömmer  
Herr Friedhelm Haussels  
Herr Peter Heimann  
Frau Gisela Herforth  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Herr Dietmar Marx  
Frau Sabine Noll  
Herr Thomas Waters

### **Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

### **Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Hasan Ergen  
Herr Max Riedel

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Tim Brühland

### **Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

## **TAGESORDNUNG**

## Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 7. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.05.2015 - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen - öffentlicher Teil IX/0402
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Neufassung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt Monheim am Rhein IX/0340/1
6. Fortschreibung des Integrationskonzeptes IX/0331
7. Offene Ganztagschule (OGS) - Erweiterung im Schuljahr 2015/2016 IX/0386
8. Internationaler Jugendwettbewerb für Gitarre "Andrés Segovia" IX/0367
9. Konzept Mo.Ki-Zentrum IX/0368
10. Mitteilung zum Modellprojekt "Mo.Ki IV für 14- bis 17-Jährige" IX/0366
11. Einführung und Umsetzung des Grünflächenpflegekonzeptes IX/0323/1
12. Handlungskonzept zur Förderung des Fahrradverkehrs in Monheim am Rhein IX/0370
13. Vorkaufsrechtsatzung "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 141 M "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" IX/0269/1
14. Gutachterverfahren Altstadtplätze - Auswertung und Variantenentscheidung IX/0378
15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 139M "Kita Kirchgäßchen"  
- Zustimmung zum Durchführungsvertrag  
- Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung  
- Satzungsbeschluss IX/0355
16. Aufhebung der Teilbereiche des Bebauungsplanes B-11 "Knipprather Feld" auf Monheimer Stadtgebiet - Behandlung der Anregungen - Satzungsbeschluss IX/0329
17. Aufhebung der Teilbereiche des Bebauungsplanes I-31 "Katzberg-Südwest" auf Monheimer Stadtgebiet - Behandlung der Anregungen - Satzungsbeschluss IX/0337

18.	Einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung	IX/0377/1
19.	Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Kita Max und Moritz	IX/0398
20.	1. Nachtragshaushaltssatzung 2015	IX/0401/1
21.	Mündliche Mitteilungen	
21.1.	Unterzeichnung der offiziellen Städtepartnerschaftsurkunde mit Atasehir, Türkei	
21.2.	Zusätzliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.09.2015	
21.3.	Aktionsplan "Monheim inklusiv - Eine Stadt für alle" / Inklusionstag am 15.08.2015	
21.4.	Präsente mit dem neuen Stadtlogo	
22.	Mündliche Anfragen	

## SITZUNGSERGEBNIS:

### Öffentliche Sitzung:

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 8. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Herr Max Riedel und Herr Hasan Ergen (beide PETO-Fraktion) und Herr Tim Brühl - CDU-Fraktion.

Herr Florian Große-Allermann - PETO-Fraktion wird verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Anschließend gibt der Bürgermeister folgende Hinweise für die Tagesordnung: Die Vorlage IX/0401/1 - „1. Nachtragshaushaltssatzung“ wurde am 22.06.2015 in die Postfächer verteilt.

Die Vorlage IX/0377/1 – „Einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung“ wurde vor der Sitzung an die Plätze verteilt.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

**2            Kenntnisnahme der Niederschrift der 7. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.05.2015 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3            Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen - öffentlicher Teil  
Vorlage: IX/0402**

Der Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen wird zur Kenntnis genommen.

**4            Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Frau Hucklenbroich, Mittelstraße 20, bezieht sich auf den Verkauf des Menkgrundstückes an der Heinestraße an die Stadt. Sie fragt nach, ob die Bürger den Kaufpreis kennen dürfen und bittet um Information wie teuer das Grundstück war.

Der Bürgermeister erklärt, dass Grundstücksgeschäfte nichtöffentlich beraten würden, damit keine Details, insbesondere in Bezug auf Verhandlungskonditionen, an die Öffentlichkeit gelangen.

Er habe keine Bedenken nach Geschäftsabschluss den gezahlten Preis zu nennen. Es sei ein Preis für alles (Grundstück und Gebäude) von 350,00 EUR pro Quadratmeter Grundstücksfläche gezahlt worden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bürgermeister schließt die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner.

**5            Neufassung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt Monheim am Rhein  
Vorlage: IX/0340/1**

**Beschluss**

Die Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt Monheim am Rhein werden in der als Anlage 2 der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**6            Fortschreibung des Integrationskonzeptes  
Vorlage: IX/0331  
Beschluss**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt das Integrationskonzept für die Stadt Monheim am Rhein aus dem Jahre 2012 (Anlage) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt, das Integrationskonzept aus dem Jahre 2012 mit externer

Prozessbegleitung und Unterstützung zu überarbeiten und zu aktualisieren. In diesem Zusammenhang wird zudem ein Bericht über die bisherige Umsetzung einzelner Maßnahmen erarbeitet.

3. Die Vorgehensweise erfolgt gemäß dem dargestellten Verfahrensvorschlag.

**einstimmig zugestimmt**

**7 Offene Ganztagschule (OGS) - Erweiterung im Schuljahr 2015/2016**  
**Vorlage: IX/0386**

**Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gruppen in der Offenen Ganztagschule (OGS) über die bisherige Planung hinaus um weitere 50 Plätze im Schuljahr 2015/2016 aufzustocken.  
Für das Haushaltsjahr 2015 werden unter dem Produkt 40.01 anteilig 79.500 € für den Ausbau des offenen Ganztages bereitgestellt. Dem stehen zusätzliche Einnahmen von 22.500 Euro entgegen.
2. Der zusätzliche Finanzbedarf ist im 1. Nachtragshaushalt für 2015 zu veranschlagen.

**einstimmig zugestimmt**

**8 Internationaler Jugendwettbewerb für Gitarre "Andrés Segovia"**  
**Vorlage: IX/0367**

**Beschluss**

- 1) Ab dem Jahr 2016 veranstaltet die Stadt Monheim am Rhein in Zusammenarbeit mit der European Guitar Teachers Association Deutschland e.V. (EGTA D) den internationalen Jugendwettbewerb für Gitarre „Andrés Segovia“. Der Wettbewerb findet jeweils am Fronleichnamswochenende statt.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Mittel in Höhe von 50.000,- € für das Haushaltsjahr 2016 zu planen und die Wettbewerbsdurchführung in die mittelfristige Finanzplanung zu übernehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

31 Ja-Stimmen: 23 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP,  
1 LINKE, 1 BM  
6 Nein-Stimmen: CDU

**mehrheitlich zugestimmt**

**9 Konzept Mo.Ki-Zentrum**  
**Vorlage: IX/0368**

**Beschluss**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt das als Anlage beigefügte Konzept für ein Mo.Ki-Zentrum zur Frühen Förderung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien in Monheim am Rhein.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung unter Berücksichtigung des unter Ziffer 1 angeführten Konzeptes die für eine zweckmäßige bauliche Umsetzung zu erwartenden Kosten zu ermitteln und sämtliche dafür notwendigen Vorplanungen zu veranlassen. Die dafür benötigten Mittel in Höhe von 100.000 € werden im Teilfinanzplan B zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 bereitgestellt.

**einstimmig zugestimmt**

**10 Mitteilung zum Modellprojekt "Mo.Ki IV für 14- bis 17-Jährige"**  
**Vorlage: IX/0366**

Der Rat nimmt die Sachdarstellung zur Kenntnis.

**11 Einführung und Umsetzung des Grünflächenpflegekonzeptes**  
**Vorlage: IX/0323/1**

Vor Abstimmung weist der Bürgermeister darauf hin, dass die Nr. 1 der Beschlussempfehlung aufgrund der Vorberatung im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr um einen Satz ergänzt wurde. In die den Ratsmitgliedern vorliegenden Version 1 der Vorlage wurde der Satz eingefügt.

**Beschluss**

Das durch das beiliegende Gutachten festgestellte Pflegedefizit soll grundhaft behoben werden.

Die Verwaltung wird beauftragt

- 1) schrittweise die Personalbesetzung der SBM-Grünabteilung bis 2017 unter Berücksichtigung der vorhandenen und erkennbaren zukünftigen Pflegeflächen um insgesamt 6 Vollzeitstellen für Gärtner aufzustocken. Der Stellenplan 2015 wird hierzu um eine Stelle nach EG 6 TVÖD erweitert. Die restlichen Stellen stehen unter dem Vorbehalt der durch den Rat zu beschließenden Stellenpläne.
- 2) die Vergabe von Grünflächenpflegeleistungen im Wert von rd. 200 T € jährlich an externe Unternehmen vorzunehmen.
- 3) Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, durch organisatorische und bauliche Maßnahmen an Grünflächen den Pflegeaufwand um vorerst 2.800 h (entspricht ca. 2 Vollzeitstellen) zu minimieren.

**einstimmig zugestimmt**

**12 Handlungskonzept zur Förderung des Fahrradverkehrs in Monheim am Rhein**  
**Vorlage: IX/0370**

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass es sich bei dem vorgelegten Konzept in weiten Teilen um ein vorzügliches Konzept handele. Man befürchte allerdings, dass es bei der Ausführung hapern werde und aus diesem Grunde werde seine Fraktion

das Konzept ablehnen.

Auf die Anregung eines Sprechers der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, die Maßnahmen bald umzusetzen und die Öffnung der Einbahnstraßen zuzulassen, erklärt der Bürgermeister, dass individuell die Maßnahmen für jede Straße einzeln zu bewerten seien. Das Konzept solle sukzessive umgesetzt werden.

Die CDU-Fraktion werde sich enthalten, erklärt deren Sprecher. Mit dem Konzept würde zwar der Weg in die richtige Richtung eingeschlagen, allerdings könnten die vorgestellten Detail- und Einzelmaßnahmen nicht unterstützt werden. Dass eine Diskussion über die Einzelmaßnahmen unabdingbar sei, setze er voraus.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grüne erklärt, dass man dem Konzept grundsätzlich zustimme. Er regt an, besser keine Mischflächen auszuweisen. Grundsätzlich sei immer hervorzuheben, dass gegenseitige Rücksichtnahme ganz wichtig sei. Auch halte er für eine positive Umsetzung und Annahme von Einzelmaßnahmen des Konzeptes im Vorfeld eine gute Öffentlichkeitsarbeit für erforderlich.

Die PETO-Fraktion begrüße und unterstütze das vorgelegte Konzept, teilt eine Sprecherin mit. Auch die angesprochene Öffentlichkeitsarbeit werde als wichtig erachtet.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt das Handlungskonzept zur Förderung des Radverkehrs in Monheim am Rhein als Gesamtkonzept zustimmend zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt

- auf Basis des vorgelegten Konzeptes die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS) in 2015 zu beantragen.
- aus dem Maßnahmenkatalog eine Projektliste für das Jahr 2016 vorzulegen und die Kosten dafür in die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2016 einzustellen.
- das Konzept kontinuierlich in den Folgejahren fortzuschreiben.

### **Abstimmungsergebnis:**

28 Ja-Stimmen: 23 PETO, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Linke, 1 BM  
3 Nein-Stimmen: SPD  
6 Enthaltungen: CDU

**mehrheitlich zugestimmt**

## **13 Vorkaufsrechtsatzung "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 141 M "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" Vorlage: IX/0269/1**

Der Bürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf und berichtet ausführlich über das Informationsgespräch mit den Eigentümerinnen und Eigentümern in dem betroffenen Bereich, das am Vorabend stattgefunden habe.

Er berichtet, dass bei einigen Betroffenen weiterhin erhebliche Vorbehalte bestehen würden, auch wenn deutlich gemacht worden sei, dass die geplante Vorkaufsrechtsatzung im Falle von Schenkungen oder Erbschaften nicht zum Tragen käme. Die



strategische Zielrichtung, nämlich die Generierung von zusätzlichen Einzelhandelsflächen im Innenstadtbereich, solle durch die Vorkaufsrechtssatzung unterstützt werden. Es könne damit eine Grundstücksentwicklung ermöglicht werden, die ohne Initiative der Stadt nicht stattfinden würde.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die Mühe, die Rechtslage zu verdeutlichen. Ganz besonders, dass es sich bei der geplanten Satzung zur Ausübung eines Vorkaufsrechts nicht um Enteignungsmaßnahmen handle. Trotzdem sei die CDU-Fraktion weiterhin mehrheitlich der Meinung, dass das allgemeine Vorkaufsrecht ausreiche, um notwendige Planungen zu entwickeln. Man habe in der Vergangenheit den Eindruck gewonnen, dass durch intensive Gespräche der Planungsamtsmitarbeiter die gesteckten Ziele erreicht worden seien. Mit der vorgelegten Satzung würde eine stärkere staatliche Lenkung erfolgen, die seine Fraktion so nicht wolle.

Sie stimme ihrem Vorredner zu, erklärt die Ratsfrau der FDP. Auch sie werde keine Eingriffe in das Eigentumsrecht befürworten. Die der Verwaltung zur Verfügung stehenden „Instrumente“ seien zur Zielerreichung ausreichend. Aus diesem Grunde werde sie der Vorlage nicht zustimmen.

Unter Bezugnahme auf die Äußerungen seiner Vorredner führt der Bürgermeister eingehend zu den unterschiedlichen Voraussetzungen bei der Anwendung eines allgemeinen und eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts aus. Ausdrücklich weist er daraufhin, dass kein Grundstückseigner bei einer Veräußerung durch das besondere Vorkaufsrecht beschwert sei.

Ratsherr Eggert - PETO - berichtet über seine Teilnahme an der gestrigen Informationsveranstaltung. Erst im Verlauf der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt sei ihm klar geworden, dass Ausschließungsgründe vorlägen. Er nimmt im Zuschauer-raum Platz.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion bezieht sich auf die Ausführungen des Bürgermeisters und erklärt, dass man der Vorlage zustimmen werde. Die Vorkaufsrechtssatzung sei erforderlich, wenn man eine erfolgreiche Innenstadtentwicklung fortführen wolle.

Zum Schluss der Diskussion erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion auf Nachfrage aus Reihen der PETO, dass man auch nach der vorhergehenden Beratung an der Auffassung, dass die gesetzlichen Regelungen und Verhandlungen ausreichen um die Standortentwicklung voranzutreiben, festhalten werde.

### **Beschluss**

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 141 M „zentraler Versorgungsbereich Innenstadt“ befindlichen Grundstücke wird die als Anlage beigefügte Satzung zur Ausübung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 25 (1) Ziffer 2 BauGB beschlossen. Die Anlage mit Anhang ist Bestandteil dieses Beschlusses.

### **Abstimmungsergebnis:**

30 Ja-Stimmen: 23 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke, 1 BM  
7 Nein-Stimmen: 6 CDU, 1 FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

Herr Eggert nimmt wieder seinen Platz ein.

**14 Gutachterverfahren Altstadtplätze  
- Auswertung und Variantenentscheidung  
Vorlage: IX/0378**

Eingangs weist der Bürgermeister darauf hin, dass der endgültige Baubeschluss mit näheren Detailangaben noch vorgelegt werde.

Unter Hinweis auf die Beratungen im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr erklären die Sprecher der Fraktionen von CDU und SPD, dass die Planungen für den Kradepohl begrüßt würden. Kritisiert werde die Planung für den Bereich Alter Markt, hier insbesondere der geplante Wegfall der Kugelakazien.

Auf Nachfrage bestätigt der Bürgermeister, dass an dieser Planung festgehalten werden solle. Dass die Kugelakazien weniger erhaltenswert seien, hänge mit deren in ca. 10 Jahren ablaufenden Lebenserwartung und des teilweise schlechten Zustandes zusammen. Außerdem solle zugunsten einer freien Blickachse in den Landschaftspark Rheinbogen die Gelegenheit genutzt werden, die Bäume zu entfernen. Keinesfalls entfernt werden sollen hingegen die Linden. Er gibt noch den Hinweis auf die historische Prägung der Altstadt, die immer eine Öffnung in Richtung Rhein gehabt habe. Dieser historische Bezug solle durch den Blickbezug wieder hergestellt werden.

Dieser Auffassung könne nicht gefolgt werden, erklären Sprecher der Fraktionen von CDU und Bündnis90/Die Grünen. Bei der Gestaltung vertrete man eine unterschiedliche Auffassung. Die heutige Funktion des Alten Marktes sei eine andere als die historische. Die Kugelakazien seien erhaltenswert oder doch zumindest zu ersetzen. Man vertrete die Meinung, dass die Öffnung zum Rheinvorland zu großräumig werde und die Gemütlichkeit des Platzes dadurch leide. Der Nummer der 1 der Vorlage werde nicht zugestimmt.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass man der Vorlage zustimmen werde. Man gehe davon aus, dass mit den Anwohnern eine Einigung zu erzielen sei. Im Zuge des Ausbaus des Landschaftsparks Rheinbogen würden viele Bäume angepflanzt. Dadurch käme es zu einer Kompensierung der abgeholzten Kugelakazien.

Vor der endgültigen Umsetzung der Entwürfe sei noch viel Planungsleistung zu erbringen, hält der Bürgermeister abschließend fest.

Wie bereits in den vorberatenden Ausschüssen wird getrennte Abstimmung über die Nummern 1 und 2 des Beschlussvorschlages beantragt.

**Beschluss**

1. Zur Fortführung der Planung am Alten Markt wird die Planergruppe Oberhausen anhand ihrer ausgearbeiteten Entwurfsvariante mit der Entwurfsplanung beauftragt.

**Abstimmungsergebnis zu Nr. 1:**

24 Ja-Stimmen:	23 PETO, 1 BM
12 Nein-Stimmen:	6 CDU, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP
1 Enthaltung:	LINKE

## **mehrheitlich zugestimmt**

2. Zur Fortführung der Planungen am Kradepohl wird das Landschaftsarchitekturbüro Fischer auf Basis der ausgearbeiteten Entwurfsvarianten mit der Entwurfsplanung beauftragt.

## **Abstimmungsergebnis zu Nr. 2:**

### **einstimmig zugestimmt**

## **15 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 139M "Kita Kirchgäßchen"**

- **Zustimmung zum Durchführungsvertrag**
  - **Behandlung der Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung**
  - **Satzungsbeschluss**
- Vorlage: IX/0355**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Wegen des Hol- und Bringverkehrs sei wegen der örtlichen Gegebenheiten eine präzise Planung unumgänglich. In Gesprächen sei in Erfahrung gebracht worden, dass zwischen dem Vorhabenträger und den Anwohnern wegen des Schallschutzes noch keine Einigung erzielt worden sei. Die CDU-Fraktion lege großen Wert darauf, dass ein ungestörtes Miteinander von Kindertageseinrichtung und Nachbarschaft stattfände.

Die SPD-Fraktion werde dem Vorhaben zustimmen, erklärt deren Sprecher. Schallschutz im Zusammenhang mit einer Kindertagesstätte spiele bei der SPD-Fraktion keine Rolle. Die ablehnende Haltung des Generalvikariats in dieser Angelegenheit sei daher verständlich. In Bezug auf die zukünftige Verkehrsführung auf der Franz-Böhm-Straße rege man einen Einbahnverkehr von nördlicher in südlicher Richtung an. Für einen Zweibahnverkehr sei die Straße nicht geeignet.

Außerdem bittet der Sprecher der SPD-Fraktion um eine archäologische Überprüfung der Geländestufe von der Franz-Böhm-Straße nach Westen südlich des Kirchgässchens.

Der Bürgermeister sagt entsprechende Überprüfung zu.

Das Thema Lärmschutz wird im weiteren Beratungsverlauf ausführlich diskutiert.

Der Bürgermeister stellt abschließend fest, dass es bei der Frage des Schallschutzes in Bezug auf Kinderlärm ums Prinzip gehe und nicht darum, wer Lärmschutzmaßnahmen zahle. Bei dem Thema Schallschutz solle eine klare Haltung bezogen werden: Kinderlärm stelle keinen Lärm im bauordnungsrechtlichen Sinne dar.

Durch den Sprecher der CDU-Fraktion wird das immer noch fehlende Konzept zur Verkehrsführung in dem Bebauungsplanbereich bemängelt. Weil es sich um ein wichtiges und unterstützenswertes Vorhaben handele, werde diesem jedoch heute zugestimmt. Das Ergebnis der Verkehrsbetrachtung hätte im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren vorgelegt werden müssen.

Die Zusicherung der Verwaltung gelte nach wie vor, dass im Rahmen der Planung zum Alten Markt eine Aussage über die Verkehrssituation in dem Gesamtbereich getroffen werde, entgegnet der Bürgermeister. Das Konzept für die Umgestaltung

des Alten Marktes befinde sich jetzt erst in Arbeit. Im Rahmen des Baubeschlusses Alter Markt werde eine eindeutige Aussage zu den vorgesehenen Verkehrsführungen in dem Bereich getätigt. Die Verkehrsplanung für diesen Bereich müsse als Gesamtkonzept erarbeitet werden. Weiterhin weist der Bürgermeister auf die Begründung zum Bebauungsplan hin, die ebenfalls Aussagen zur verkehrlichen Situation treffe. Die Begründung sei Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

#### **Beschluss**

1. Dem Durchführungsvertrag gem. § 12 Abs. 1 BauGB wird zugestimmt.
2. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
3. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 139 M „Kita Kirchgäßchen“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

**einstimmig zugestimmt**

- 16      Aufhebung der Teilbereiche des Bebauungsplanes B-11 "Knipprather Feld" auf Monheimer Stadtgebiet - Behandlung der Anregungen - Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: IX/0329**

#### **Beschluss**

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
- Die Aufhebung der Teilbereiche des Bebauungsplanes B-11 „Knipprather Feld“ auf Monheimer Stadtgebiet wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Der Aufhebung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

**einstimmig zugestimmt**

- 17      Aufhebung der Teilbereiche des Bebauungsplanes I-31 "Katzberg-Südwest" auf Monheimer Stadtgebiet - Behandlung der Anregungen - Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: IX/0337**

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt im Zusammenhang mit dieser und der vorigen Vorlage (IX//0329 und IX/0337), dass man der Aufhebung der Bebauungspläne zustimme. Einer ggf. späteren Ausweisung einer Windkraftkonzentrationszone könne grundsätzlich zugestimmt werden, allerdings mit Blick darauf, dass dadurch die Errichtung von Windkraftanlagen im restlichen Stadtgebiet ausgeschlossen werden könne. Wichtig sei ihm, deutlich zu machen, dass die CDU-Fraktion sich ausschließlich für die theoretische Ansiedlung von Windkraftanlagen in den ausgewiesenen Konzentrationszonen ausspreche.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion sich ganz eindeutig für die Ausweisung einer Windkraftkonzentrationszone mit dem erklärten Ziel ausspreche, dort auch Windkraftanlagen zu errichten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne B 11 und I-31 unabhängig von der Diskussion über die Ausweisung von Windkraftkonzentrationszonen zu betrachten sei. Die Beratung darüber werde zu gegebener Zeit erfolgen. Er erklärt, dass er die Ausweisung einer Windkraftkonzentrationszone und die Errichtung von Windkraftanlagen grundsätzlich begrüßen würde.

#### **Beschluss**

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
- Die Aufhebung der Teilbereiche des Bebauungsplanes I-31 „Katzberg-Südwest“ auf Monheimer Stadtgebiet wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Der Aufhebung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

**einstimmig zugestimmt**

**18 Einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung**  
**Vorlage: IX/0377/1**

#### **Beschluss**

- I. Die Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung mit dem Kreis Mettmann wird einvernehmlich bereits zum 30.09.2015 beendet.
- II. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann abzuschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

36 Ja-Stimmen: 23 PETO, 6 CDU, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen,  
1 LINKE, 1 BM  
1 Nein-Stimme: FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

**19 Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Kita Max und Moritz**  
**Vorlage: IX/0398**

Eingangs weist der Bürgermeister auf die Vorberatungen hin und bittet gleichzeitig um Erweiterung der Beschlussempfehlung. Es sollen anstelle von einer neuen Stelle 3,5 neue Stellen eingerichtet werden. Man habe sich entschieden, in der KiTa Max und Moritz eine weitere Gruppe einzurichten. Die genaue Begründung dazu sei der Anlage 5 der Vorlage für den Nachtragshaushalt zu entnehmen. Die Hintergründe für das Erfordernis der weiteren Gruppe werden eingehend durch den Bürgermeister erläutert.

Die Vorlage könne heute nicht beschlossen werden, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion. Die s. E. zwingend erforderliche Vorberatung durch den Jugendhilfeausschuss habe nicht stattgefunden. Es wird als besonders negativ herausgestellt, dass

die geplante Ergänzung den Fraktionen nicht rechtzeitig zur Kenntnis gegeben wurde. Gleichzeitig bemängelt er die offensichtlich mangelhaften Zahlenerhebungen in Bezug auf das Anmeldeverfahren für Kindertagesstätten. Bevor heute weiter über die Vorlage beraten werden könne, beantragt er eine Sitzungsunterbrechung.

Es müsse eingestanden werden, dass eine deutliche Klarheit über die benötigten KiTa-Plätze für Kinder mit Rechtsanspruch nicht herzustellen gewesen sei. Dieses Versagen sei unter anderem der ausgeschiedenen Jugendamtsleiterin anzulasten gewesen. Nähere Auskünfte hierzu werde er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung geben, erklärt der Bürgermeister.

Die Vorlage hätte unbedingt zur Vorberatung in den Fachausschuss gehört, erklärt die Ratsfrau der FDP und schließt sich damit der Auffassung der CDU-Fraktion an.

Ein Ratsmitglied der CDU-Fraktion fragt nach, ob diese 2,5 neuen Stellen nach Auslaufen der Übergangsguppe schon für die neue Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße vorgesehen wären.

Dies werde nur dann der Fall sein, wenn der neue Kindergarten, vorbehaltlich des Beschlusses im Jugendhilfeausschuss, in städtischer oder evangelischer Trägerschaft geführt werde. Sollte die KiTa nicht in städtischer Trägerschaft geführt werden, würde der Stellenabbau im Zuge des Stellenplans erfolgen. Die Fluktuation gerade in diesen Bereich sei sehr hoch. Eine Vorfestlegung über die zukünftige Trägerschaft für die neue Einrichtung an der Kurt-Schumacher-Straße solle heute auf keine Fall erfolgen.

Anschließend unterbricht der Bürgermeister die Sitzung für eine Pause von 25 Minuten.

Nach Wiederbeginn der Sitzung erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion, dass die Sitzungsunterbrechung notwendig geworden sei, weil das Thema heute erst bekannt geworden sei. Nach Abwägung innerhalb der Fraktion sei man zu dem Ergebnis gelangt sei, dass das Kindeswohl an vorderster Stelle stehen müsse und eine Unterbringung der Kinder unumgänglich sei.

Ausdrücklich weist er darauf hin, dass in der Vergangenheit von seiner Fraktion immer wieder die Vorlage von belastbarem Zahlenmaterial gefordert worden sei. Nichts desto trotz werde man sich nicht der Verantwortung gegenüber allen Kindern entziehen und die Vorlage mittragen. Die Verwaltung werde jedoch aufgefordert, im Jugendhilfeausschuss eine Aufarbeitung der Zahlen vorzulegen und ein zusätzliches Raumangebot für die Unterbringung und für Sportmöglichkeiten der Kinder zu schaffen. Dazu könne man sich die Unterbringung in Containerbauten vorstellen. Außerdem solle die Verwaltung das bereits zugesagte Konzept für die zukünftige Unterbringung und Betreuung von Kindern zeitnah vorlegen.

Der Bürgermeister nimmt ausführlich zu den Anmerkungen seines Vorredners Stellung und weist Schuldzuweisungen zurück. Wie es zu der vorliegenden unglücklichen Situation kommen konnte und wo die Verantwortlichkeiten zu suchen seien, werde er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung berichten. Er äußert sein Bedauern, dass eine bessere und frühzeitigere Information nicht erfolgt sei.

Ob die heutigen Zahlen stimmig seien, könne nicht mit Sicherheit gesagt werden, erklärt der Bürgermeister. Eingehend führt er zu den Einzelheiten aus. Es handele sich heute um einen "Vorratsbeschluss", um die erforderlichen Ressourcen für zwei Gruppen stellen zu können. Auch zu den Details wie die Räumlichkeiten zur Verfü-

gung gestellt werden können, könne noch keine endgültige Aussage gemacht werden.

Für das Protokoll erklärt er, dass alles daran gesetzt werde, um die zusätzlichen Plätze so anzubieten, so dass es zu keinen Qualitätsverlust für die Betreuung komme. Das Landesjugendamt werde sehr eng eingebunden. Deren Aufgabe sei es dafür Sorge zu tragen, dass eine regelkonforme Betreuung stattfinde.

Aufgrund seiner vorhergehenden Ausführungen äußert er die dringende Bitte, heute nicht über die Anschaffung von Containerbauten zu beschließen.

Im weiteren Verlauf der Beratung erklären die Ratsfrau der FDP und der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, dass man der Vorlage grundsätzlich zustimmen werde. Die Aufarbeitung des Themas im Jugendhilfeausschuss werde als unerlässlich angesehen. Ebenfalls werde die Lösung bzw. die Klärung des notwendigen Platzbedarfs zur Unterbringung von Kindern in naher Zukunft erwartet. Der Kindergartenbedarfsplan müsse dringend angepasst werden.

Es schließt sich eine heftige Debatte an, in der der Sprecher der CDU-Fraktion der Mehrheitsfraktion PETO Scheinheiligkeit vorwirft, wenn von dieser der heute zu fassende Beschluss gelobt werde, weil so kurzfristig auf die Bedarfssituation reagiert werde und den Eltern Betreuungsplätze angeboten werden könnten. Seiner Meinung nach sei es fraglich, ob nicht zu einem anderen Zeitpunkt mit besserer Vorabinformation ein besserer Beschluss hätte gefasst werden können.

Zuvor hatte die Sprecherin der PETO-Fraktion ausgeführt, dass auch ihre Fraktion mit der vorgestellten Situation unzufrieden sei. Der Unmut der Eltern sei nachvollziehbar und deshalb solle mit der Entscheidung über die Einrichtung weiterer Stellen nicht bis zum nächsten Jugendhilfeausschuss, der erst wieder nach der Sommerpause tagen, abgewartet werden. Der Rechtsanspruch der Kinder müsse kurzfristig erfüllt werden. Wenig zielführend in dieser Angelegenheit seien Schuldzuweisungen, wer für die Fehlinformationen verantwortlich sei.

Der Bürgermeister weist den beleidigenden Ton des Sprechers der CDU-Fraktion zurück und verweist erneut auf die Anlage zur Vorlage IX/0401/1 „Nachtragshaushaltsplan“, in der allen Ratsmitgliedern bereits am Montag ein Vermerk des Jugendamtes zur Kenntnis gegeben wurde, aus dem sich die Begründung für die Bereitstellung weiterer 2,5 Stellen ergab. Dass heute ein Beschluss über eine völlig unbekanntes Thematik gefasst werden solle, weist er strikt zurück.

Er werde zu weiteren Details im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Stellung nehmen, erklärt der Bürgermeister zum Abschluss der Diskussion. Anschließend verliest er vor der Abstimmung die geänderte Beschlussformulierung.

### **Beschluss**

Für die pädagogische Arbeit im Mo.Ki-Familienzentrum Max und Moritz werden 3,5 zusätzliche Stellen nach Entgeltgruppe S6 TVöD eingerichtet. Der Stellenplan 2015 wird entsprechend angepasst.

**einstimmig zugestimmt**

20

### **1. Nachtragshaushaltssatzung 2015**

**Vorlage: IX/0401/1**

Vor Abstimmung weist der Bürgermeister auf die geänderte Beschlussempfehlung

und die ergänzten Anlagen, die Bestandteil des Beschlusses sind, hin.

### **Beschluss**

1. Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2015 vom 29.01.2015 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
  - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
  - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
  - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat und mit den in der heutigen Sitzung des Rates beschlossenen Änderungen angenommen.

2. Die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2015 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Nachtragshaushaltsatzung 2015 wird Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

## **21 Mündliche Mitteilungen**

### **21.1 Unterzeichnung der offiziellen Städtepartnerschaftsurkunde mit Atasehir, Türkei**

Der Bürgermeister weist auf die Veranstaltung zur Unterzeichnung der Städtepartnerschaftsurkunde mit Atasehir/Türkei am kommenden Samstag hin. Ab 10:00 Uhr werde ein buntes Programm auf dem Rathausvorplatz stattfinden. Um 11:00 Uhr werde im Ratssaal der offizielle Festakt stattfinden. Er lädt nochmals alle Ratsmitglieder herzlich zu den Veranstaltungen ein.

### **21.2 Zusätzliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 10.09.2015**

Der Bürgermeister teilt mit, dass am 10.09.2015, um 17:00 Uhr eine zusätzliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses stattfinden wird. Die Sitzung findet vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses statt, dessen Beginn auf 18:00 Uhr verschoben wird.

Er bittet um das Vormerken der Termine.

### **21.3 Aktionsplan "Monheim inklusiv - Eine Stadt für alle" / Inklusionstag am 15.08.2015**

Am 15.08.2015 von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr werde ein „Inklusionstag“ stattfinden. Die Einladungen für die Veranstaltung seien heute in die Postfächer gelegt worden.

Es sei geplant, zunächst einen Impulsvortrag zu hören und im Anschluss in die Diskussion über die weitere Prozessgestaltung einzusteigen.



#### **21.4 Präsente mit dem neuen Stadtlogo**

Der Bürgermeister weist auf die an die Plätze verteilten Aufkleber und Buttons mit dem neuen Stadtlogo hin.

#### **22 Mündliche Anfragen**

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den noch anwesenden Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin